

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 68 (1989)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Rückblick und Ausblick : was wir satt haben und was wir wollen  
**Autor:** Mauch, Ursula  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340753>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Was wir satt haben und was wir wollen

Von Ursula Mauch

## 1. Früher Einstieg in den Ausstieg

In der schweizerischen Energiepolitik hat die SPS als einzige der grossen Parteien eine entscheidende *Vordenker-Rolle* eingenommen. 1977, vor einem Dutzend Jahren, wurde im SPS-Energiekonzept der *Ausstieg aus umweltzerstörendem, unwirtschaftlichem Energieverschleiss* zur ersten Priorität sozialdemokratischer Energiepolitik erklärt. Die SPS hatte ganz klar nicht nur die Atomkraftwerke im Visier, sondern auch die emissionsträchtige fossile Energie.

## 2. Viel Holz und wenig Feuer

Wir könnten uns heute die Frage stellen, warum unser langer energiepolitischer Kampf so wenig zündete, warum sich die offizielle Energiepolitik auf Bundesebene heute genau so lendenlahm und wirkungslos präsentiert wie vor einem Dutzend Jahren.

Mehr noch: Energiepolitische Lorbeeren gab es für uns politisch selten zu ernten:

– Begann der Wald zu sterben, hatte es die Mehrheit inklusive vieler Bürgerlicher ja eigentlich schon lange gewusst.

– Brannte Tschernobyl, so wurde einerseits bestätigt, dass in erster Linie den Russen nicht zu trauen sei, andererseits wurden vor allem bürgerliche Neu-Aussteigerinnen und -Aussteigergefeiert, die es jetzt auch gemerkt hatten.

– Wurde auf das AKW-Kaiseraugst verzichtet, so wurden die Klugheit und der Mut jener Verzichter über den grünen Klee gelobt, welche sich nach Tschernobyl noch mit wüsten Worten gegen einen Ausstieg gewandt hatten.

Dazu nun ein Medienbeispiel zum Entscheid der Kartellkommission über die Einführung einer Tarifgestaltung in Richtung Grenzkostentarifizierung für leistungsgebundene Energien im Wärmemarkt. Das will und predigt die SPS seit vielen Jahren. Aber was höre ich am Radio als Kommentar zur Pressekonferenz der Kartellkommission: Die Grenzkostentarifizierung sei von den Grünen schon lange gefordert worden... Kein Wort von den Roten!

Es bleibt uns immerhin die Gewissheit: *Was* energiepolitisch Richtiges und Wichtiges in den letzten Jahren passierte, ist weitgehend auf *unsere* Anstösse und unsere Ausdauer zurückzuführen.

## 3. Vorwärts- nicht zurückschauen

Wir haben es satt, energiepolitische Alibiübungen auf Bundesebene mitzutragen.

Zum Beispiel einen total verwässerten *Energieverfassungsartikel*: Die erste nationalrätliche Fassung ist für uns das *Minimum*. Wenn diese nicht letztlich obsiegt, werden wir den Verfassungsartikel *nicht unterstützen*.

Zum Beispiel den *Energienutzungsbeschluss*: Wenn es das Parlament nicht fertigbringt, diesen drastisch zu *verbessern*, lohnt sich das Papier nicht, auf dem er gedruckt ist.

Für energiepolitische Schaumschlägerei haben wir kein Verständnis, denn *die SPS hat eine Alternative*: unsere Ausstiegsinitiative, welche energiepolitisches Handeln auf Bundesebene endlich erzwingen wird. Wir müssen uns voll *darauf* konzentrieren. Solange das Offenhalten der nu-

klaren Option als Fiktion in Schweizer Polit-Köpfen herumgeistert, ist unsere Initiative dringend nötig. Aber auch noch aus einem andern Grund: Ein Holzschnitt-Politiker aus dem Kanton Zürich hat folgendes verkündet (Zitat aus Zeitungsberichten): «Wir brauchen keine Energiepolitik, Energie hat es genug, Frankreich schickt uns soviel wir wollen.» Diese nukleare Option bekämpfen wir ebenso vehement wie inländische AKW. Unsere Linie ist da eindeutig und klar. Die Tagung war insofern ein *Aufsteller*, als uns vorgeführt worden ist, dass uns dezentral ein sehr breiter, energiepolitischer Handlungsspielraum offensteht, trotz oder gerade wegen des desolaten Zustandes der Bundesenergiepolitik.

Ich picke aus den Arbeitsgruppen ein paar Kernsätze heraus:

1) «Die Luftreinhalteverordnung ist ein Hebel, im heutigen Zeitpunkt aktiv Energiepolitik zu betreiben.»

2) «Es fehlt weder an Möglichkeiten zum Stromsparen noch an politischen Instrumenten, um das Stromsparen zu fördern. Wir müssen sie nur nutzen.»

3) «Mangelndes Wissen bei den Fachleuten ist ein zentraler Hemmfaktor für die Umsetzung einer effizienteren Energienutzung. Es ist daher ein ausreichendes Angebot an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen.»

4) «Das Energiesparen im Eigenbereich von Gemeinden und Kantonen hat einen sehr hohen Stellenwert als Leader- und Vorbildfunktion.»

5) «Es sind Änderungen der kantonalen und kommunalen Energiegesetze mit klaren Leit-

planken für die Elektrizitätswirtschaft anzustreben wie Tarifpolitik, Sparaufträge, Gewinnablieferung, Wärmemarkt usw.»

Auf allen politischen Ebenen gibt es sehr viel zu tun. Keine Instanz, keine politische Behörde muss auf eine andere warten, um energiepolitisch handeln zu können.

#### 4. Staatspolitische Überlegungen

Energiepolitik ist Teil der Umweltpolitik, Energieverbrauch und -verschleiss ist der Hauptgrund für die Umweltbelastung. Die Regelungsdichte im Umweltrecht hat bereits heute ein Ausmass angenommen, das uns zur Einsicht zwingt, dass letztlich mit immer mehr Vorschriften die Umweltprobleme *nicht* zu lösen sind. Der Staat stösst bereits heute an die Grenze seiner Kontrollmöglichkeit für diese sehr zahlreichen Normen.

Wir brauchen dringend globale Steuerungsinstrumente. Eine Lenkungsabgabe auf Energie *ist* ein solches Steuerungsinstrument. Mit Lenkungsabgaben lässt sich das Verursacherprinzip durchsetzen: Wer Energie verbraucht, und damit Umweltbelas-

tung verursacht, bezahlt. Lenkungsabgaben passen ins marktwirtschaftliche System, weil sie binnenhandelsneutral sind und aussenhandelsneutral gestaltet werden können. Sie belasten ausserdem den Staat wesentlich weniger als das Durchsetzen und Überwachen von Normen und Auflagen. Das Instrument kann zudem so ausgestaltet werden, dass es insbesondere auch *sozial* ist, das steht für uns im Vordergrund.

Unser Finanzminister Otto Stich hat einen ersten Schritt in diese Richtung versucht, mit dem Vorschlag einer 10prozentigen Energieabgabe zur Ausmerzung der Schattensteuer.

Das politische Echo darauf war und ist verheerend. Ausgerechnet die verbal knalligsten Prediger von liberaler Marktwirtschaft heulten am lautesten. Wir finden uns nun also in der Rolle der letzten sozial-liberalen Marktwirtschaftler in diesem Staat. Im Gegensatz zu uns hält bekanntlich etwa die Elektrizitätswirtschaft rein gar nichts von Marktwirtschaft. Die Situation ist im Grunde genommen grotesk: Mit Lenkungsabgaben kann die Beweis-

last umgekehrt werden. Es ist dann am Energienachfrager selbst, zu entscheiden, ob und wieviel umweltbelastende Energie er verbrauchen will, der Staat muss weniger Normen setzen und wird von umfangreichen Kontrollen entlastet. Das heisst nichts anderes als *weniger Staat*. Die FDP-Vorstellung von der Wust auf Energie *mit Ausnahme der Prozessenergie* bedeutet ein Abwälzen von Energiekosten auf die Konsumenten ohne irgendeinen Anreiz zur rationellen Energienutzung durch die Produzenten. Eine solche Energieabgabe macht weder ökologisch noch ökonomisch Sinn. Wir lehnen sie ab.

Unser Ziel ist nicht nur eine umweltverträgliche, sondern gleichzeitig eine volkswirtschaftlich optimale Energieversorgung.

Wenn die bürgerlichen Volkswirtschafts-, Energie- und Umweltpolitiker ehrlich wären, hätten sie schon längst auf die SPS-Linie umschwenken *müssen*!

Für uns gibt es nur eines: *Den energiepolitischen Mut nicht verlieren, denn die Zeit arbeitet für uns!*